



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

INHALT

Asylgipfel

Einigung zwischen Bund und Ländern über Regionalisierungsmittel

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

- Licht am Ende des
Tunnels

- Mehr Attraktivität rund
ums Rathaus

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

[ingrid.arndt-
brauer.wk01@bundestag.de](mailto:ingrid.arndt-
brauer.wk01@bundestag.de)

Bildquelle

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter
Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: dpt/Stella v.
Saldern



Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland ist wirtschaftlich stark und kann vieles leisten. Seit Monaten heißt unser Land tausende Flüchtlinge willkommen. Und wir werden auch künftig Menschen helfen, die Schutz suchen vor Krieg und Bürgerkrieg. Damit wir das schaffen, muss Europa zusammenhalten. Nur als Gemeinschaft kann Europa diese Aufgabe stemmen – einzelne Mitgliedsstaaten alleine können es nicht. Europa darf keine Zeit mehr verlieren.

Es war richtig, temporäre Grenzkontrollen einzuführen, um wieder eine geordnete Registrierung und Aufnahme der Flüchtlinge zu gewährleisten. Aber Grenzzäune zwischen den europäischen Mitgliedstaaten sind keine Lösung. Im Gegenteil, Europa lebt von seinen offenen Grenzen. Sie sind eine fundamentale Errungenschaft der Europäischen Integration. Deshalb müssen wir zurück zu einem Europa, in dem man sich gegenseitig hilft und das die europäischen Werte der Solidarität und Hilfsbereitschaft lebt.

Notwendig sind ein faires Verfahren, um Flüchtlinge zu verteilen, gemeinsame Standards, die eine humanitäre Aufnahme sichern, sowie verstärkte Anstrengungen, um den Menschen in den Flüchtlingslagern an der syrischen Grenze bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Die Weltgemeinschaft ist gefordert, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ohne effektiven Kampf gegen die Fluchtursachen werden weiter Menschen ihre Heimat verlassen und sich auf den Weg nach Europa machen. Dies gilt ganz besonders auch für den grausamen Bürgerkrieg in Syrien.

Seit mehr als einem Jahr hat die SPD unseren Koalitionspartner aufgefordert, sich der Realität zu stellen. Beim Asylgipfel letzte Woche haben wir uns durchgesetzt und einen großen politischen Erfolg errungen. Sehr wichtig war uns, die Kommunen umfassend zu entlasten. Diese erhalten für 2015 und 2016 mehr als 4 Mrd. Euro vom Bund.

Auch bei den Regionalisierungsmitteln konnte ein Kompromiss mit dem Bund erzielt werden. Die Mittel wurden auf jährlich 8 Mrd. Euro aufgestockt, die jährlichen Erhöhungsschritte mit 1,8% der Realität angepasst.

Unsere Politik kommt vor Ort an, dafür werden wir uns als SPD weiter engagieren!

Ihre **Ingrid Arndt-Brauer**





BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Asylgipfel – sozialdemokratischer Erfolg

Mit dem Asylgipfel von Bund und Ländern haben wir jetzt einen großen politischen Erfolg errungen und zentrale sozialdemokratische Ziele durchgesetzt. Wir haben viel dafür erreicht, dass Deutschland mit Zuversicht und Realismus die Herausforderung der Flüchtlingsaufnahme schultern kann. Nichtsdestotrotz müssen wir weiter flexibel auf die jeweilige Situation reagieren. So fordern wir zum Beispiel die Union auf, ihre Angriffe auf den Mindestlohn einzustellen. CDU und CSU sollten sich besser daran beteiligen, die Integrationsaufgaben „ohne rosarote Brille aber auch ohne Stammtisch-geschwätz zu bewältigen“, sagte in dem Zusammenhang auch SPD-Vize Ralf Stegner.

Bisher erreichte Erfolge beim Asylgipfel sind:

- Länder und Kommunen werden umfassend entlastet und erhalten mehr als 4 Mrd. Euro zusätzlich in 2015 und 2016. Steigen die Flüchtlingszahlen, steigt die Entlastung. Außerdem zahlt der Bund für abgelehnte Asylbewerber für einen weiteren Monat nach der Entscheidung die Kosten.
- Der Bund beteiligt sich an der Versorgung unbegleiteter Minder-

jähriger. Dafür wurden zusätzlich 350 Millionen Euro jährlich eingeplant.

→ Der Bund stellt 900 Mio. Euro frei werdende Mittel aus dem gestoppten Betreuungsgeld für bessere Kinderbetreuung bereit. Das kommt allen Familien zu Gute, die auf gute Betreuungsplätze angewiesen sind.

→ Der Bund steigert die Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Die Kompensationsmittel werden um jeweils 500 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2019 erhöht. Damit stehen insgesamt 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

→ Der Bund öffnet Sprach- und Integrationskurse sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik für Asylbewerber mit Bleibeperspektive. Die Finanzmittel dafür steigen.

→ Der Bund sorgt für geordnete Verfahren der Erstaufnahme, der bundesweiten Verteilung und vor allem der Beschleunigung von Asylverfahren. Er unterstützt die Länder beim Aufbau von Erstaufnahmeplätzen.

→ Fehlanreize nehmen wir zurück. Alle Westbalkanstaaten werden zu sicheren Herkunftsländern erklärt.

Wer ausreisen muss und kann, hat keinen Anspruch mehr auf die während des Asylverfahrens gezahlten Leistungen.

Zusätzlich ist ganz entscheidend: Geordnete Verfahren der Erstaufnahme und eine massive Beschleunigung der Asylverfahren. Dafür übernimmt der Bund endlich zentral die Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet.

Auch die personellen Voraussetzungen dafür werden zeitnah geschaffen, sowie eine bessere Vernetzung.

Es bleibt dabei, dass der Bund sich verpflichtet, in Zukunft trotz steigender Flüchtlingszahlen in durchschnittlich drei Monaten das Verfahren zu beenden.

Doch nationale Maßnahmen werden auch in Zukunft nicht ausreichen, die Flüchtlingskrise zu beenden. Flucht ist eine Folge von Krieg, Bürgerkrieg, Staatszerfall und Armut. Menschen fliehen, weil sie für sich und ihre Kinder in ihrer Heimat keine Hoffnung mehr haben. Deshalb ist es unabdingbar, die Herkunftsländer zu stabilisieren. Dafür müssen auch die Gelder aufgestockt werden, die den UN-Flüchtlingshilfswerken zur Verfügung stehen.



Blickpunkte

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Einigung zwischen Bund und Ländern über Regionalisierungsmittel und Gemeindeverkehrsfinanzierung gut für Nordrhein-Westfalen



© Rudolpho Duba / pixelio.de

Die Einigung zwischen den Bundesländern und dem Bund über die Zukunft der Regionalisierungsmittel ist ein gutes Ergebnis. Sie sichert den Schienenpersonennahverkehr langfristig. Wichtig ist, dass mit dem so genannten Kieler Schlüssel eine bessere Verteilung der Mittel zwischen den Bundesländern erreicht wird. Hiervon profitiert ein bevölkerungsreiches Land wie Nordrhein-Westfalen mit seinen starken Pendlerströmen besonders.

Der Betrag von 8 Milliarden ist ein Kompromiss. Die Summe liegt oberhalb des seitens des Bundes ermittelten Bedarfs, aber unterhalb der seitens der Länder geforderten Summe. Die höhere Dynamisierungsrate von jährlich 1,8 Prozent (statt 1,5 wie bislang) erkennt die stärkere Kostendynamik an, die im Verkehrssektor

vorherrscht.

Entscheidend bleibt, dass wir die Hauptkostentreiber, die Stations- und Trassenpreise in den Griff bekommen. Die getroffene Vereinbarung zur Begrenzung der Dynamik der Trassenpreise muss durch wirksame Regelungen Realität werden.

Zu begrüßen ist die lange geforderte Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) über das Jahr 2019 hinaus, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Neben dem Neubau sind nun auch die Mittel für Erhalt und Sanierung kommunaler Infrastruktur verfügbar zu machen. Damit erhalten unsere Städte Planungssicherheit.

Zur Erklärung:

Das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (Regionalisierungsgesetz) vom 27.12.1993 trat am 01.01.1996 als Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes in Kraft. Das machte sich erforderlich, weil die Regionalisierung des Schienenverkehrs eins der drei Hauptinhalte der Bahnreform war. Die aufgrund dieses Gesetzes verteilten Geldmittel werden als

„Regionalisierungsmittel“ bezeichnet.

Da der Staat eine Daseinsvorsorge gegenüber der Bevölkerung auch im öffentlichen Nahverkehr hat, sollen diese Geldmittel ein ausreichendes Angebot sicherstellen.

Laut Regionalisierungsgesetz wird der öffentliche Nahverkehr wie folgt definiert: „... die allgemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. Das ist im Zweifel der Fall, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 Kilometer oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt.“



© Erich Westendarp / pixelio.de



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

Licht am Ende des Tunnels

Rheine. Löcher im Dach, nicht vorhandene Sanitär- und Umkleieräume für Frauen und eine allgemein schlechte Bausubstanz zeichnen das Gebäude des Technischen Hilfswerks (THW) in Rheine aus. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer setzt sich schon länger für eine Verbesserung der Situation ein - bisher vergeblich.

Licht am Ende des Tunnels sieht die Abgeordnete jetzt aber nach einem Gespräch mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), u.a. zuständig für die Liegenschaften des THW, und einem Vertreter des THW-Landesverbandes NRW.

In einem ausführlichen Gespräch, gemeinsam mit Paul Wehry, der stellvertretend für den THW-Ortsbeauftragten Bernhard Heeke teilnahm, wurde die Rheiner Situation geschildert. Angedachte Lösungen, die man bisher erwogen hatte, mussten leider aus verschiedenen Gründen wieder verworfen werden. Damit sei viel Zeit verloren gegangen, so Wehry. Alle Beteiligten konnten sich aber nun darauf einigen, sich zeitnah an einen Tisch setzen, um eine für Rheine tragbare Lösung zu finden.

Da werde auch das THW Rheine intensiv in die Beratungen mit einbezogen, versprochen BImA und THW-Landesverband. Angedacht ist nun ein Teilabriss des alten Gebäudes, um dann durch einen Neubau ersetzt zu werden. Die übrigen Gebäude sollen zukunftssicher renoviert werden. Einig waren sich aber alle in der Runde, dass es keine schnelle Alternative geben werde. THW Landesverband und BImA setzen sich aber für eine schnellstmögliche Lösung ein. 'Die Maßnahmen müssen jetzt anfangen, sodass unsere ehrenamtlichen THW-Helfer sehen, dass es weiter geht', freute sich Arndt-Brauer mit Wehry darüber, dass man mit dem Gespräch Erfolg hatte und die Angelegenheit jetzt vorankommt.





Blickpunkte

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Mehr Attraktivität rund ums Rathaus

Neuenkirchen. Ihre schon traditionelle Sommertour durch den Wahlkreis beendete die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer jetzt in Neuenkirchen. In Begleitung von Landratskandidat Dr. Stefan Giebel (SPD) (2.v.re.) hatte die Vorsitzende des Finanzausschusses gute Nachrichten für Neuenkirchen mitgebracht: Zu den 666.000 Euro Städtebaufördermitteln des Bundes in 2014 bekommt Neuenkirchen 233.000 Euro, die der Bund und das Land NRW in diesem Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen.



‘Das können wir gut gebrauchen’, so Uwe Fischer (i. Bild re.), Ortsvereinsvorsitzender der SPD Neuenkirchen. ‘Jetzt können in Neuenkirchen die geplanten Maßnahmen im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes für die Ortsmitte fortgeführt werden’, freute sich Fischer. Bei einem Rundgang um das Rathaus erläuterte Fischer die geplanten Veränderungen. Vom Rathaus, am Karl-Leisner-Haus vorbei bis hin zur Industriestraße soll eine Wegeverbindung mit Aufenthaltsflächen entstehen. Das Gelände rund ums Rathaus wird im Zuge dieser Maßnahmen ebenfalls umgestaltet. ‘Attraktive Flächen sollen den Aufenthalt angenehmer machen’, so Fischer. Dazu müssten allerdings einige Parkflächen weichen. Eine weitere Umgestaltung erfahren die Straßen zwischen dem Heckinggelände und der Fußgängerzone. ‘Hier wird es eine barrierefrei Pflasterung geben, die farblich unterbrochen wird, um Autofahrer zu einer vorsichtigen Fahrweise zu animieren’, erläuterte Fischer.

‘Nach dem Zusammenbruch der Textilindustrie im Münsterland hat Neuenkirchen viel erreicht’, zeigte sich Landratskandidat Stefan Giebel beeindruckt von der ehemaligen Textilfabrik Hecking, die nach Fertigstellung des neuen Einkaufszentrums optisch ein Highlight ist. Erhaltenswerte Gebäude sind restauriert und in den Neubau integriert worden.

Abschließend waren sich die Sozialdemokraten einig, dass die Städtebaufördermittel in Neuenkirchen gut angelegt sind. ‘Die Attraktivität der Innenstadt wird erhöht und der Einzelhandel gestärkt’, war sich Fischer sicher.